

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne Zustellungsgebühr. Es ist nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark.

61. Jahrgang

Leipzig, den 1. Februar 1923

Nummer 13

Festsetzung der Ortszuschläge

In den Bekanntmachungen der unterzeichneten Verbände vom 23. und 26. Dezember 1922 war vorgesehen, daß zur Vorbereitung der Arbeiten der Ortszuschlags-Kommission in denjenigen Orten, für die eine Abänderung oder Neueinführung eines Ortszuschlages beantragt werden soll, die Parteien zu einer Aussprache bis zum 10. Januar zusammenzutreten hätten. Aber das Ergebnis dieser Aussprache sollten die Parteien dieser Orte ihrer übergeordneten Organisationsstelle bis zum 17. Januar berichten. Die übergeordnete Organisationsstelle sollte dann unverzüglich sowohl die örtlichen Berichte als auch ihre eigene gutachtliche Äußerung den Hauptvorständen einreichen.

Die bisher eingereichten Berichte haben die Notwendigkeit ergeben, die im Dezember bekanntgegebenen Richtlinien dahin zu ändern:

Um die Arbeiten der Ortszuschlags-Kommission möglichst zu fördern, soll an den Vororten der seitherigen Tarifkreise, die mit den Kreisen des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Gutenbergbundes übereinstimmen, eine von den Kreis- und Gauvorständen der unterzeichneten Verbände einzusetzende Kommission eine Vorprüfung der örtlich eingereichten Vorschläge vornehmen. Bei den Verhandlungen dieser Kommissionen ist den örtlichen Parteien, jedenfalls soweit ein gleichlautender Vorschlag nicht vorliegt, Gelegenheit zur mündlichen Vertretung ihrer bis zum 10. Januar gestellten Anträge zu geben. Neue Anträge sind nicht zu berücksichtigen. Die Kommissionen haben die Vorschläge für ihre Kreise unbedingt bis zum 10. Februar den Hauptvorständen der unterzeichneten Verbände ein-

zureichen. Die endgültige Festsetzung der Ortszuschläge erfolgt durch die Ortszuschlags-Kommission, deren Verhandlungen am 17. Februar beginnen.

Das bisher den Hauptvorständen eingereichte Material wird den kreisweise einzusetzenden Kommissionen zugeleitet.

Infolge der Notwendigkeit, kreisweise Verhandlungen vor dem Zusammentritt der Ortszuschlags-Kommission stattfinden zu lassen, können die festzusetzenden Ortszuschläge erst mit dem 1. März 1923 zur Einführung gelangen. Berlin, den 27. Januar 1923.

Deutscher Buchdrucker-Verein e. V. Verband der Deutschen Buchdrucker.
Heinemann, Dr. Woelck. Jos. Selz, Otto Krauß.
Gutenbergbund. Paul Thranert.

Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Tarifamtes vom 13. d. Mts. wird bezüglich der Arbeitsnachweise bestimmt, daß die Berichte der Arbeitsnachweise gemäß § 8 der neuen Geschäftsordnung bis auf weiteres dreimal im Vierteljahre jeweils zum Monatschluß an die Geschäftsstelle der vertragschließenden Organisationen unter der vorläufigen Anschrift: Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, einzureichen sind.

Berlin, 27. Januar 1923.

Deutscher Buchdrucker-Verein e. V. Verband der Deutschen Buchdrucker.
Gutenbergbund. Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.
Graphischer Zentralverband.

Abstimmungsergebnis über den Tarif

Gau	Mitgliederstand am 30. Sept. 1922	Abgegebene Stimmen	Un-gültige Stim-men	Gültige Stimmen	Mit Ja stimmten	Mit Nein stimmten
Bayern	5817	4429	55	4374	2667	1707
Berlin	13952	10535	122	10413	6416	3997
Danzig	428	385	10	375	181	194
Dresden	2738	2004	26	1978	1282	696
Erzgebirge-Bohland	1926	1582	—	1582	862	720
Frankfurt-Hessen	3168	1853	20	1833	949	884
Hamburg-Altona	2856	2100	28	2072	789	1283
Hannover	3187	2514	17	2497	1707	790
Leipzig	6838	5549	106	5444	2667	2777
Mecklenburg-Vilbeck	780	608	5	603	467	136
Mittelrhein	3108	2412	35	2377	1186	1191
Nordwest	1418	1089	11	1078	766	312
Oberrhein	1727	1373	20	1353	622	731
Obergau	2653	2179	11	2168	1586	582
Ostpreußen	1066	632	2	630	508	122
Rheinland-Westfalen	8760	6443	56	6387	2671	3716
Ru der Saale	3395	2562	21	2541	1787	754
Saargebiet	368	313	5	308	141	167
Schlesien	2835	1941	9	1932	1370	562
Schleswig-Holstein	900	712	8	704	494	210
Thüringen	2937	2326	26	2300	1364	916
Württemberg	4094	3213	31	3182	2560	613
	74969	56754	623	56131	33071	23060
		75,7%			58,92%	41,08%

Der neue Tarif in der Urabstimmung

Nachdem in Nr. 7 zur dritten Urabstimmung etliche Deutlichkeitsfragen benannt worden sind, die bei der zweiten Urabstimmung (Graphischer Industrieverband) im November 1922 zu den 25,4 Proz. sogenannten Nichtwählern gezählt werden mußten, machen sich zu der am 18. Januar 1923 im Verbandsrat der Deutschen Buchdrucker vorzunehmenden Urabstimmung über den neuen Tarif in der gleichen Beziehung nun einige einschränkende Bemerkungen notwendig.

Aus der nebenstehenden Zusammenstellung des Abstimmungsergebnisses durch die Verbandsleitung ist zu ersehen, daß doch wieder 24,3 Proz. der Mitglieder sich nicht an der Urabstimmung beteiligt haben. Demnach wäre schwache Beteiligung an einer allgemeinen Abstimmung in der Organisation typisch und das Bewußtsein zur Organisationspflicht ließe viel zu wünschen übrig. Wir haben keineswegs die Urabstimmung darüber, ob unsere Organisation sich in ihrer traditionellen, in weitem Maße die Selbstständigkeit der einzelnen Teile gewährleistenden Form zugunsten der streng zentralistischen Industrieverbandes aufgeben soll, unterzählt. Höher aber stellen wir das von sämtlichen Mitgliedern abverlangte Urteil über eine für uns Buchdrucker neue Form des Arbeitstarifes, wie sie bei der diesmaligen Neugestaltung des Tarifes auf Antrag der anderen Vertragsparteien zustande kam. Der laute Ruf in unsern Reihen nach einem Mitentscheidungsrechte müßte zudem in jedem Falle einer Urabstimmung vollständige Beteiligung erwarten lassen. Wenn nun trotzdem 18 2/5 der Mitglieder sich nicht an der letztmaligen Urabstimmung beteiligt haben, so ist das doch unter einem etwas andern Gesichtswinkel zu betrachten, als es bisher geschehen ist; auch von uns.

In dem Artikel „Stand und Ursachen der Arbeitslosigkeit“ (Nr. 10) konnten wir nämlich auf Grund eingezogener Erkundigungen mitteilen, daß die Abwanderungen vom Verufe in unserer Organisation schon über 13 000 ausmachen. Diese 13 000 Stellen werden brauchen zwar nicht alle aus dem Verbande auszutreten infolge and-weiter Beschäftigung, aber auf einen erheblichen Teil von den 13 000 wird das doch zutreffen; und inwiefern an den davon bei uns verbliebenen Teil jetzt bei der Urabstimmung hinzu kommen war, das ist schwer festzustellen. Jedenfalls

Berlin, den 27. Januar 1923.

Der Verbandsvorstand

muss von den 71 069 Mitgliedern insgesamt ein nicht so unbeträchtlicher Prozentsatz in Abrechnung gebracht werden, der nach Lage der traurigen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe sich an einer Abstimmung nicht mehr beteiligen kann. Die Beteiligung ist diesmal, obwohl seit November der Abzug vom Verufe sich verstärkt hat, doch um einiges größer geworden. Dieses Moment ist festzuhalten. Das unsre Aufmunterungen zur Organisationspflicht dennoch (Nrn. 7 und 8) nicht überflüssig waren, werden die Ortsvorstände am besten beurteilen können, die allein einen Überblick haben, wieviel Stimmen ausgefallen sind, für die die Entscheidung der Abänderung vom Verufe nicht in Betracht kommt.

Der neue Tarif ist also mit rund 60 Proz. Zustimmung gegen 41 Proz. Meinstimmen angenommen worden. Bei dem ablehnenden Teile ist sicherlich kein Ausfall von Stimmen zu verzeichnen; es ist jedenfalls alles herangebracht worden, was ablehnungsbereit war. Der neue Tarif hat in manchen Kollegentreisen eine übertrieben scharfe Beurteilung gefunden. Das vorletzte Lohnabkommen wurde dafür auch herangezogen. Die von der Gehilfenschaft in der Schweiz und in Holland jetzt mit ihren zentral geführten Abwehrstreiks gegen bedeutendere Tarifverschlechterungen gemachten Erfahrungen sprechen auf keinen Fall für die Nichtigkeit der von 23 000 Kollegen votierten Ablehnung!

Sind jetzt bei uns 60 Proz. Stimmen für den neuen Tarif abgegeben worden, so waren es im Dezember 1920 bei der Abstimmung über den damaligen neuen Tarif mit dem Gutenbergsbunde und den nichtorganisierten lartreuen Gehilfen zusammen 62,4 Proz. Der Abstand ist diesmal fast Ausfall der Nichtverbandsgehilfen also gar nicht groß.

Die Zahl der unglückigen Stimmen beträgt 623; nur der Gau Erzgebirge-Vogtland hat solche nicht aufzuweisen. Es ist einfach unverständlich, daß sich noch 623 Mitglieder finden können, die nicht glatt mit Ja oder Nein abzustimmen vermögen. Weiter ging doch die Fragestellung nicht.

Ablehnende Mehrheiten haben sich ergeben in den Gauen Hamburg-Altona, Mecklenburg-Westfalen, Leipzig, Oberhein, Saargebiet, Danzig und Mittelrhein.

Für den neuen Tarif entfallen von den abgegebenen gültigen Stimmen in den Gauen: Württemberg 80,7 Proz., Ostpreußen 80,6, Mecklenburg-Vöbel 77,4, Ober 78, Schlesien und Nordwest je 71, An der Saale und Schleswig-Vollstein je 70, Hannover 68, Thüringen 68, Dresden 65, Berlin 61,6, Bayern 60, Erzgebirge-Vogtland 64,6, Frankfurt-Oeffen 64 Proz.

Der Gutenbergsbund hat keine Abstimmung vorgenommen. Das Ergebnis der Abstimmung in der Hilfsarbeiterorganisation ist noch nicht bekanntgegeben. Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat, wie schon im Jahre 1920, von einer Abstimmung Abstand genommen.

Das Buchgewerbe im Ausland

Holland. In der im vorigen Bericht geschilderten Situation ist noch keine Änderung wahrzunehmen. In den Orten: Silbersum, Vuffsum, Apeldoorn, Meppel und Poog-Baandij wird noch gestreikt; man rechnet aber mit einer baldigen Beendigung. Es wird dann also wieder Ruhe im Buchdruckgewerbe herrschen, aber eine Ruhe, die keine der Parteien befriedigen wird. Der Konflikt, den eine Mehrheit der Verbandsmitglieder gewollt hatte, konnte, obwohl einzelne Personale Zugeständnisse erzielten, im allgemeinen die alten, besseren Arbeitsbedingungen für die Gehilfen nicht zurückbringen. Der Buchdruckerverband war nicht imstande, die hauptsächlichsten Ursachen der tariflichen Verschlechterungen: den sehr flauen Geschäftsgang, die Akzeptierung der Verschlechterungen durch die konfessionellen Organisationen und endlich die Streikverherrlichung, von der Leitung der letzteren ausgeht, wirkungslos zu machen. Wohin die Fahrt nun gehen wird, ist für den Verband noch eine ungelöste Frage. Die Verbandsmitglieder arbeiten jetzt meistens unter den Lohn- und Arbeitszeitbedingungen des neuen Tarifabkommens und obendrein bilden sie keine Tarifpartei mehr. Für sie kommen also die andern Bestimmungen des Tarifs nicht in Anwendung. Unter solchen Umständen rühren sich die religiösen und „neutralen“ Gehilfenorganisationen, die ja der Tarifgemeinschaft angehören, kräftig und versuchen, die freigewerkschaftlich organisierten Buchdrucker ihrer Organisation untrennbar zu machen. Die Edarfsmacher unter den Prinzipalen werden ihnen dabei gute Hilfe leisten. Denn bei dem jetzigen Stand der Dinge ist es möglich, daß man ein Personal, das dem Buchdruckerverbände angehört, einfach vor die Wahl: Entlassung oder Weintritt zu einer andern Organisation, stellen kann. Unzweifelhaft wird die Position des Verbandes eine sehr schlechte werden, wenn er außerhalb der Tarifgemeinschaft stehen bleibt. Andererseits steht die Existenz der Tarifgemeinschaft überhaupt in Frage, denn ohne die Mithilfe der größten Buchdruckerorganisation ist die Aufrechterhaltung des Prei-tarifs unmöglich. Einem redaktionellen Artikel über die Situation in der letzten Nummer des „Graffisch Weckblatt“ entnehmen wir noch folgendes: „Wenn auch bald alle Streiks der Vergangenheit angehören, sind wir mit den Tatsachen noch nicht fertig. Das zurückgewiesene Tarifabkommen hat nicht von einem besseren erhofft werden können, wenn auch in vielen Fällen einzelne Personale unter besseren Bedingungen arbeiten. Unser Hauptvorstand wird in Beratung ziehen müssen, ob er schließlich doch noch das neue Tarifabkommen mit den Prinzipalen vereinbaren wird. Dies wird wohl abhängen von der Vereinfachung der Prinzipale, es unserer Organisation zu ermaßen, der Tarifgemeinschaft erneut beizutreten. In dieser Beziehung ist noch nichts festzustellen. Einzelne Edarfsmacher werden wahrscheinlich gern versuchen wollen, unsre Organisation auseinanderzureißen, aber sie

werden wohl bald bemerken, daß ein solches Treiben ganz unmöglich ist. Und die vernünftigen Arbeitgeber, die auf eine Erhaltung der Tarifgemeinschaft Wert legen, werden einsehen, daß, sollte es auch möglich sein, unsern Verband in einzelnen Orten zu schädigen, die Bedingungen für eine gute Preisregelung für immer verschwunden wären. Nicht unsvwierig wird es sein, die aufgelöste Zusammenarbeit wieder herzustellen. Es ist nicht notwendig, daß die Verstimmung unserer Mitglieder den Prinzipalen gegenüber lange währt, mit Ausnahme derjenigen, die die Friedensbedingungen schändeln. Aber auch hier ist es möglich, wieder gutzumachen. Welt schwieriger aber wird es uns sein, die Streikverherrlichungen (gemeint sind die Leitungen der religiösen Organisationen und der „neutralen“ Gruppe), die untreuen Freunde, wieder als Tarifpartei zu betrachten.“ Der Schreiber befürwortet weiter in seinem Artikel das Recht des Verbandes, von diesen Leuten schwere Beugung zu fordern.

Korrespondenzen

Elberfeld. Am 4. Januar fand die Generalversammlung des Ortsvereins statt. Zu Anfang 1922 war ein Mitgliederbestand von 470 Kollegen vorhanden, wogegen am 31. Dezember es nur noch 390 einschließlich der vom Verufe Abgewanderten waren. Von der Lehrlingsabteilung ist zu sagen, daß am Jahresanfang 60 Mitglieder vorhanden waren, am Jahresschluß dagegen 44. In der Vorstandswahl wurden die Kollegen Weber als erster Vorsitzender, Reus als Kassierer wiedergewählt. Bei der Besprechung über den neuen Tarif stimmten fast alle Redner darin überein, daß derselbe, weil er uns sozuzagen nichts bringt, abgelehnt werden muß. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß die Druckereikassierer wöchentlich a conto-Zahlungen zu machen haben.

Bezirk Elberfeld. Die Bezirkshauptversammlung fand am 14. Januar statt. Der Vorsitzende verwies auf die Befehung des Ruhrgebietes und auf den halbstündigen Proteststreik aus diesem Anlaß. Er erwähnte weiter, daß die zur Ausgabe gelangte Antikriegsmarke Pflichtbeitrag sei. In seinem Jahresberichte erwähnte der Vorsitzende u. a. den Elberfelder und Solinger Streik und wies auf die vielen Abwanderungen in andre Verufe hin, weil meist eine bessere Bezahlung als im Buchdruckgewerbe vorliegt. Das Verbandsleben habe im letzten Vierteljahr erheblich nachgelassen. Am 1. Januar 1922 war ein Mitgliederbestand von 670 Kollegen vorhanden, am 31. Dezember waren es noch 660 Kollegen. Die tariflichen Verhältnisse sind im Bezirk als gut zu bezeichnen, wenn auch in Langenberg die Firma Korsthoff aus der Tarifgemeinschaft ausgestreitet ist. Von den dort beschäftigten Gehilfen sind sechs bei der Firma ausgestreitet, drei aber haben dem Verbands den Rücken gekehrt und schustern dort weiter. Auch in Meilmann haben wir kein Mitglied mehr. Die Vorstandswahl ergab eine Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Kollege Weber gab noch einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorstanderkonferenz. Auch dort sei der größte Teil der Bezirksvorsteher nicht mit dem neuen Tarif einverstanden gewesen. In der Debatte hierüber brachte Kollege Vartels einen Antrag ein, wonach der neue Tarif als vollständig ungenügend abzulehnen sei. Die Versammlung schloß sich seinen Ausführungen an und nahm den Antrag an. Kollege Weber berichtete dann noch über die Sitzung mit den Prinzipalen betreffend Ortszuschlag. Während die Gehilfen an den 26 Proz. festhielten, beantragten die Prinzipale eine Verschlechterung der jetzt bestehenden Prozentätze. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, habe Kollege Weber an die Kommission zur Festsetzung der Ortszuschläge einen Antrag mit der nötigen Begründung eingebracht. Der Bezirksbeitrag wurde noch festgesetzt und beschlossen, ab 1. Februar den Bezirkskrankengeldzuschuß in Westfal kommen zu lassen. Elberberg i. Thür. In einer außerordentlichen Versammlung am 17. Januar referierte Bezirksvorsitzender Klopfer aus Jena über den neuen Tarif. Dank seinen objektiven Betrachtungen, bei denen auch die Schattenseiten belichtet wurden, gewannen die Anwesenden ein klares Bild über die neuen Abmachungen. Im weiteren Verlauf der Versammlung erklärten sich die hiesigen Gehilfen bereit, trotz ihrer prekären Lage für die Nothilfe der Allen eine Überstunde zu leisten; sofern dies nicht angängig erscheint, einen Stundenlohn zu diesem Zwecke abzuführen, wenn es in den übrigen Gewerkschaften ebenso gehandhabt wird. Bemerkte muß werden, daß die hiesige Nothilfe von den Arbeitgebern eingeleitet wurde; sie fand die Zustimmung des Gewerkschaftsartikels. Wegen des Totalzuschlages konnte mitgeteilt werden, daß die Firma Paul Kallenbach in eine Erhöhung von 7½ auf 10 Proz. willigte. Der neue Zuschlag wird bereits vom 1. Februar ab gezahlt werden. Die Firma S. Seyboth stellte wohnvollende Erwägung in Aussicht.

Olgau. Aus unsrer am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung ist besonders die Aussprache über den neuen Tarif zu erwähnen. Eine aus fünf Kollegen bestehende Kommission hatte in einer besonderen Sitzung den Tarif vorher durchgesprochen. Das Meserat hatte Kollege Kollie übernommen. In der Diskussion begrüßte es Kollege Gentsche, daß endlich für die Maschinenseher wieder ein fester Satz in dem Tarif Aufnahme gefunden hat, und es gilt nun, diesen Satz weiter aufzubauen. Kollege Kollie gab gleichfalls seine persönliche Meinung kund. Aber die Totalzuschlagsfrage ist zu berichten, daß hier eine Einigung mit den Prinzipalen nicht zustande gekommen ist. Bei der Vorstandswahl wurden der Kassierer, Schriftführer und der Bezirkskassenverwalter wieder, Kollege Kollie als Vorsitzender neu-

Östlich. In der Generalversammlung wurde der Arbeitsbeitrag auf wöchentlich 20 M. festgesetzt. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl sämtlicher bisher tätig gewesener Kollegen. Eine zugunsten Arbeitsloser sowie sonstiger bedürftiger Kollegen veranstaltete Sammlung ergab eine Summe von 17 000 M., die anlässlich der Weihnachtsfeier zur Verteilung gelangte. Im Januar fand die Bezirksversammlung statt. Wenn auch nicht alles nach unserem Wunsche im vorliegenden Jahre gegangen ist, so können wir doch im großen und ganzen mit dem Erreichten zufrieden sein. Seitensprüche einzelner Prinzipale wurden rechtzeitig pariert; es muß anerkannt werden, daß unsere Bezirkskollegen stets ihren Mann stellten. In dieser Versammlung wurde auch zum neuen Tarif Stellung genommen. Kollege Kossik machte die Anwesenheit mit den einzelnen Positionen näher bekannt, nicht verschweigend, daß der neue Tarif neben Verbesserungen auch viele Verschlechterungen bringe. Doch sei bei der herrschenden gewerblichen Krise bei eventueller Ablehnung Besseres sicherlich nicht zu erreichen. Sämtliche Diskussionsredner, besonders die Kollegen aus dem Bezirk, erklärten sich mit dem Erreichten nicht einverstanden. Nur in Würdigung der ganzen Verhältnisse erklärte man sich bereit, bei der kommenden Abstimmung für Annahme zu stimmen.

Noburg. Die gutbesuchte Versammlung am 3. Januar nahm Stellung zu dem neuen Tarif. In der sachlich gehaltenen Aussprache wurde von allen Rednern die angestrenzte, rastlose Arbeit unserer Gehilfenvertreter anerkannt, andererseits jedoch allgemein bedauert, daß in der Ferienfrage eine Kürzung in Aussicht genommen werden muß. Wenn schon die Buchdrucker in betreff Bezahlung schlecht dastehen, hätte die ideale Seite des Tarifs eine bessere sein dürfen. Der Vorsitzende Smolincki ermahnte in seinem Schlusswort die Kollegen, keine Augenblicksstimungen obwalten zu lassen. Die gegenwärtigen gewerkschaftlichen wie auch politischen Verhältnisse machten es unsern Vertretern unmöglich, mit einem besseren Tarif vor die Kollegenschaft zu treten. Anerkennen müsse man, daß die bedeutend weitergehenden Verschlechterungsanträge der Prinzipalität abgewehrt wurden. Er empfahl in Rücksicht auf diese Tatsachen die Annahme des Tarifs. In der Ortszusatzfrage wurde der Vorstand beauftragt, sofort mit der hiesigen Prinzipalität in Verhandlungen zu treten, damit die Kollegen den ihnen auf Grund der Ortsklasse B zuzehenden Ortszuschlag erhalten. — In der Versammlung am 16. Januar wollte der neue Gavoursteher Wislaug (Weimar) in unser Mitle. Er hielt einen Vortrag über: „Die gewerbliche Lage und der neue Tarif“. Redner verstand es, in leichtverständlicher, feiseltender Weise den Kollegen vor Augen zu führen, welche Umstände bei den letzten Tarifverhandlungen mitwirkten. Ausführend behandelte Kollege Wislaug die Entstehung und allmähliche Entwicklung des Tarifwesens und hob speziell die Kämpfe und manchmal recht traurigen Verhältnisse von 1892 bis 1896 in unserm Gewerbe hervor. Allseitiger Beifall bewies dem Redner, daß die Kollegen mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Vorsitzender Smolincki erstellte noch einen kurzen Bericht von der gemeinsamen Sitzung mit der Prinzipalität zwecks Regelung des Ortszuschlags. Der Antrag der Gehilfenschaft fand bei der Prinzipalität nicht das geringste Verständnis; die Sitzung verlief resultatlos. Wir setzen nunmehr unsere ganze Hoffnung in die mit der Neuordnung der Ortszuschläge betraute allgemeine Kommission.

Bezirk Kottbus. Die für den 14. Januar nach Kottbus einberufene Bezirksversammlung war sehr gut besucht. Die „Typographia“ Kottbus leitete die Tagung ein mit Uthmanns „Nä warle dein“. Die Orte Reitz, Kalau und Kirchhain gaben in tariflicher Hinsicht Anlaß zu öfterem Eingreifen. In den Einzelberichten kam so recht zum Ausdruck, daß es in manchen Orten noch recht trübe aussieht. Die Betriebsräte hätten vor allem darüber zu wachen, daß eine Bekehrungseinstellung zu Ostern, wenn sie nicht ganz zu verhindern sei, so doch auf das Mindestmaß beschränkt werden müsse. Der Arbeitsbeitrag wurde ab 1. Januar auf 5 M. pro Woche festgesetzt. Der Vorstand wurde in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Eine rege Aussprache schloß sich an den Bericht des Vorsitzenden über die Stellungnahme der am 7. Januar in Stettin stattgehabten Bezirksvorsteherkonferenz zum neuen Tarif. Nachdem einige Redner für und gegen Annahme des Tarifs gesprochen hatten, wurde der Versammlung anheimgegeben, unter den gegebenen schlechten Verhältnissen im Gewerbe für Annahme des neuen Tarifs zu stimmen, wenn er auch einige Verschlechterungen gebracht hat. Einem Antrage, nach Kottbus ein Tariffschiedsamt zu bekommen, stimmte die Versammlung debattelos zu. Zu örtlichen Verhandlungen über die Ortszuschlagsfrage zeigen die Prinzipale bis auf wenige Ausnahmen wenig Neigung. Die Anträge wurden daher beim Kreisamt eingebracht werden.

Allgemeine Rundschau

Zur Lohnerhöhung für Hilfsarbeiterinnen. Die in voriger Nummer im Rahmen der offiziellen Bekanntmachung der Tariforganisationen enthaltenen Löhne für Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre für die zweite Rate bedürfen folgender Berücksichtigung: An Orten mit 0 Proz. Ortszuschlag: 16 888 M., 2 1/2 Proz.: 10 295 M., 6 Proz.: 19 693 M., 7 1/2 Proz.: 17 090 M., 10 Proz.: 17 488 M., 12 1/2 Proz.: 17 885 M., 16 Proz.: 18 283 M., 17 1/2 Proz.: 18 680 M., 20 Proz.: 19 078 M., 22 1/2 Proz.: 19 475 M. und 25 Proz. 19 872 M. Diese Mitteilung vom Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes kam erst am

Montag, dem 20. Januar, in unsere Hände, konnte also in voriger Nummer nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Löhne im Buchbindergewerbe, vom 1. bis 14. Februar gelten im deutschen Buchbindergewerbe folgende Stundenlöhne:

Kategorie	Ortsklasse I	II	III	IV	V	VI
Kedige Gehilfen:						
im 1. Gehilfenjahre	325,—	314,50	297,50	283,—	274,50	261,—
im 2. Gehilfenjahre	398,—	382,50	375,—	350,50	334,50	319,—
im 3. Gehilfenjahre	433,50	418,50	401,—	387,—	369,—	352,50
im 4. Gehilfenjahre	461,—	447,50	429,—	412,50	396,50	379,—
nach dem 4. Gehilfenjahre	492,50	470,50	457,—	441,—	423,—	401,—
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	522,50	504,—	486,—	469,50	450,50	427,50
Verheiratete Gehilfen:						
im 3. Gehilfenjahre	494,50	481,—	460,50	441,—	423,—	402,50
im 4. Gehilfenjahre	568,—	547,—	527,50	511,—	493,—	470,50
nach dem 4. Gehilfenjahre	627,—	611,—	594,—	578,—	555,—	532,50
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	651,50	635,—	614,—	596,—	574,50	551,50

Am 9. Februar finden in Weimar wieder neue Lohnverhandlungen statt.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer Stettin bestanden die Buchdrucker Anton Kalski (Wolgard) und Hugo Topp (Pyritz) die Meisterprüfung.

Erhöhung des Druckpreisetarifs. Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat die Druckpreise vom 20. Januar um weitere 75 Proz. erhöht. Das entspricht einer Erhöhung des revidierten Preisetarifs vom April 1922 um 7620 Proz. oder einer solchen um durchschnittlich 248 697 Proz. auf den Friedensdruckpreisetarif. Es haben sich demnach die Druckpreise im Durchschnitt um das 2487fache erhöht, die Löhne dagegen nur um das 847fache bis 11. Februar d. J. und vom 12. Februar an um das 1047fache. Eine Mitwirkung der Gehilfenschaft bei Festsetzung des Druckpreisetarifs kommt nach dem neuen Deutschen Buchdruckerarif nicht mehr in Frage.

Buchhändlerpolitik. Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, des Deutschen Verlegervereins und der Deutschen Buchhändlerverbände hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ beschlossen, für ihre Firmen teilweise französische und belgische Druckschriften zu verwenden, ehe das Deutschland zugesagte Inrecht wieder gutgemacht sei. Von einer ähnlichen Haltung der Buchhändler gegenüber den inländischen Zofbedien der deutschen Republik und des deutschen Volkes ist nichts zu vernehmen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Infolge des fortgeschrittenen Drängens der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wird eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung eintreten. Mitwirkend vom 15. Januar an soll für Klasse A die Unterstützung eines Ledigen mit selbständigem Haushalt auf 600 M. täglich erhöht werden. Demgemäß erfahren auch die Zuschussunterstützungen für die Frauen und Kinder eine entsprechende Erhöhung. Der Vorstand des ADGB hat bei der diesbezüglichen Besprechung mit den Regierungsstellen keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Erhöhung nicht der eingetretenen Geldentwertung Rechnung trägt und daß weitere Erhöhungen unbedingt notwendig sind. Es soll daher bereits mit dem 1. Februar eine weitere Erhöhung eintreten.

Übermäßige Verdoppelung der Postgebühren. Der Verkehrsbeitrag beim Reichspostministerium tritt am 6. Februar zusammen, um gütlich Stellung zu nehmen zu einer neuen, zum 1. März geplanten Verdoppelung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Diese Erhöhung macht sich angeblich notwendig, weil bei der neu eingetretenen Geldentwertung die jetzigen Gebührensätze ein Defizit von rund 500 Millionen Mark für das Jahr 1923 ergeben würden. Durch die neue Erhöhung kommt der gewöhnliche Fernbrief auf 100 M. zu stehen. Die Gebührensätze der Reichspost weisen also gegenüber der Vorkriegszeit eine tausendfache Erhöhung auf.

Arbeiterbibliothek Alfons Beyold. In Armut und Schwindsucht, erst 41 Jahre alt, verstarb in Rißbüchel (Tirol) der auch in Deutschland allgemein bekannt gewordene Arbeiterdichter Alfons Beyold, ein Kämpfer und Denker des Sozialismus. Seine Bücher vom „Mauthen Leben“, „Von meiner Straße“, „Das Rätseln Gottes“, „Aus der Werkstätte eines Werbenden“ und andere Kinder seiner Muse dürften in jeder größeren Arbeiterbibliothek zu finden sein.

Die Stellung der Internationale zur Ruhraktion. Die Vollzugsausschüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitergemeinschaft der sozialistischen Parteien haben am 26. und 27. Januar auf einer gemeinsamen Konferenz in Amsterdam die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebiets geschaffene tragische Lage geprüft. Einer darüber veröffentlichten Mitteilung ist zu entnehmen, daß die Konferenzteilnehmer die militärische Besetzung des Ruhrgebiets und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmethoden bei der Lösung der Reparationsfrage aufs entschiedenste verurteilten. Die Besetzung fördere nicht, sondern erschwere den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Sie bilde nur einen Teil des großen Kampfes der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs. Die Arbeiterklasse sei einig, wie im Kriege, ebenso heute das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier. Das Interesse der Arbeiterklasse sei einzig, die Bekämpfung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens. Die Kundgebung tritt für Zusammenarbeit aller Völker im wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ein. Die in den Grenzen des möglichen an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen seien ein wichtiges Element des Wiederaufbaues. Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Welt öffentlich aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen

Besehung des Ruhrgebietes, auf das unmögliche Regiment, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen werde, und auf die daraus entstehenden Kräfte zu neuen Kriegen. Sie fordert die Arbeiter auf, offene und geheime Pläne des Militarismus und Imperialismus zu vereiteln und zur Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen. — Zwischen Beschlüssen und Taten in letzterer Beziehung wird allerdings ein klaffender Widerspruch bestehen bleiben, solange die organisatorischen Voraussetzungen in den maßgebenden Ländern, namentlich in Deutschland, vollständig fehlen.

Internationale Gewerkschaftshilfe für das Ruhrgebiet. In der am 25. Januar in Amsterdam abgehaltenen Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen zu ersuchen, dem Vorbilde des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, der eine erstmalige Spende von 150 000 Gulden zur Verfügung der Arbeiter des Ruhrgebietes gemacht hat, zu folgen und den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Besehung des Ruhrgebietes ansehnliche Geldbeträge zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll von dem Internationalen Gewerkschaftsbund im Einvernehmen mit dem deutschen Gewerkschaftsbund ausschließlich zur Unterstützung des proletarischen Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die militärische und kapitalistische Unterdrückung verwendet werden.

Ein berühmter Gelehrter verhungert. Nach langem, schwerem Hungerleiden ist in einer Dresdner Pflegeanstalt ein deutscher Gelehrter von Weltakt gestorben, nämlich Hugo Sahn, der Verfasser der Bibliotheca Germanorum erotica et curiosa; eines der Standardwerke der Wissenschaft. Wenige Tage nach seinem 80. Geburtsstage wurde der Greis, der in den letzten Jahren entsetzliche Not gelitten hatte, vom Tode erlöst. Seine wertvolle Bibliothek hatte er zum größten Teil verkaufen müssen.

Verbesserung der Sozialrenten. Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik beschloß, die Höchstgrenze der Unterstützungssätze für Rentempfänger der Invaliditäts- und Altersversicherung mit Wirkung ab 1. Januar folgendermaßen festzusetzen: Für Bezüher von Invaliden- und Altersrenten auf 120 000 M., bisher 43 200 M., von Witwenrenten auf 104 000 M., bisher 34 200 M., Waisenrenten auf 60 000 M., bisher 19 200 M. Die Grenze erhöht sich für jedes Kind um weitere 15 000 M., bisher 3600 M. Die Freigrenze für das Arbeitseinkommen soll jetzt 120 000 M., bisher 90 000 M., betragen.

Verschiedene Eingänge

„Die Neue Zeit.“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Dien. 12—14. 41. Jahrgang. 1. Band. Einzelheft 120 M., vierteljährlich 720 M. Verlag J. G. W. Dietz Nachf., Stuttgart. „Der Naturarzt.“ Heft 12. 61. Jahrgang. Monatlich ein Heft. Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

Briefkasten

J. C. in L.: Der Versammlungsbericht hat inzwischen in Nr. 12 gestanden. Bei solchem Maßstabe von Versammlungsberichten, Artikeln und sonst zu bringenden Bekanntmachungen ist es im Hinblick des zur Verfügung stehenden Raumes kein Wunder, wenn ein Versammlungsbericht fünf Wochen bis zur Aufnahme braucht. — M. O. in G.: Es ist noch sehr fraglich, ob der Artikel Aufnahme findet; einestells besteszen Bedenken gegen ihn, zum andern aber wissen wir gar nicht, wie wir alles unterbringen sollen. Sie kommen ja schon mit dem ersten Artikel in diesem Jahre. — O. K. in H.: Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb dieses persönliche Erlebnis, das aus große Wichtigkeit der betreffenden Firma zu rückzuführen ist, Sie zu einer solchen Verallgemeinerung und zu einer Einleitung bestimmen kann, die im Interesse der arbeitlosen Kollegen nicht liegen kann. In dieser seiner Tendenz müßte der Artikel bestimmt geändert werden. — O. S. in L.: Hugo Müller in Indianapolis, Ind., Room 200, Bankers Trust Bldg. — R. T. in Gln.: 493 M. — R. P. in G.: 510 und 480 M. — S. G. in Emmerich: Preispreis 30 M., fehlen noch 195 M. — G. M. in Köln: Wie vorstehend; 375 M. — W. M. in Krefeld: Deutsches; 310 M. — Nach Karlsruhe: 720 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißaplag 3 1/2. — Fernruf: West Kurwürst Nr. 191. Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (S. Schweinly)

Ost- und Westpreußen. Die von den vertragschließenden Organisationen angeordneten Kommissionsverhandlungen über die Lokalausfrage finden in Ost- und Westpreußen nicht statt. Die Entscheidung über die Lokalausfrage hat die am 17. Februar zusammentretende zentrale Kommission.

Altenburg. Alle Jahreshauptversammlungen und Funktionäre ersuchen wir, den Stereotypent Otto Pelsker, geb. in Leipzig, Elsterth (Hauptbuchnummer 115522, Ost Leipzig Buchnummer 1827), anzuhalten. Pelsker hat einen mit ihm reisenden organisierten Schuhmacher E. Engel mit 300 M. und eine Tabakspfeife, ebenfalls abschlägig, betragen. Beweise liegen hier einwandfrei vor. Dem Pelsker ist der Betrag in Abzug zu bringen und der nächste Altensburger Jahreshauptversammlung zu überweisen.

Düsseldorf. Die Kollegen Gottfried Hermann, geb. in Duisburg 1866, Heinrich Hermann, geb. in Düsseldorf 1905, und Adolf Hermann, geb. in Frankendach 1905, werden ersucht, innerhalb acht Tagen ihren Aufenthaltsort anzugeben an W. Krouse, Düsseldorf, Düsseldorfstraße 48a, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Essen. Der Ortskassenbeitrag beträgt im Februar 160 M., der Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung 40 bzw. 60 bzw. 60 M. täglich, je nach der Anzahl der geleisteten Beiträge. — Der wöchentliche Beitrag für die Korrektorenpartie beträgt 15 M.

Notizen für Reisekassenverwalter

Dem Drucker Friedrich Röhl aus Ulm (Hauptbuchnummer 22497) sind auf der Reiselegitimation bei den Gesamtarbeitslosen tagen 29 Tage, dem Seher Paul Koselack aus Langensalza (Hauptbuchnummer 508) gleichfalls 29 Tage mehr vorzutragen. Die Hauptverwaltung.

Versammlungskalender

Dresden. Maschinenscher Jahreshauptversammlung Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant „Zum Seneffelder“, Rauchschraße 16. — Maschinenscher Generalversammlung Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, im „Volkshaus“ (Saal 1), Schützenplatz. — Gera. Jahreshauptversammlung Sonnabend, den 10. Februar, abends 7 Uhr, in der „Hörsaalbühnen Turnhalle“. Anträge bis 6. Februar an den Vorstand.

Anzeigengebühr: Die sechsgepaltenen Zeile 30 Mark für Vereine, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 100 Mark. Rabatt wird nicht gewährt. Anzeigen: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend morgens für die jeweils nächsterfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postsendung.

Anzeigen: Kalkulator, Korrektor, 1. Aktidenzsetzer, Russsisch Ein Hand- und ein Linotypsetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschinenmeister, Tüchtige Schriftgießer, Maschinensetzer, Maschinensetzer, Typograph, Heureka-Maschin...